

INTERPELLATION VON VRENI WICKY

BETREFFEND KOSA-INITIATIVE

VOM 22. MAI 2006

Kantonsrätin Vreni Wicky, Zug, hat am 22. Mai 2006 folgende **Interpellation** eingereicht:

Heute gehen die Nationalbank-Gewinne zu einem Drittel an den Bund und zu zwei Drittel an die Kantone. Diese Gelder werden für die Erbringung zentraler Staatsaufgaben in den Kantonen gebraucht (Bildung, Sicherheit, Gesundheit).

Bei einer Annahme der KOSA-Initiative würde den Kantonen Mittel entzogen und sie müssten die Einnahmehausfälle durch Ausgabensenkungen bzw. durch Leistungsabbau bei zentralen Staatsaufgaben oder durch Steuererhöhungen kompensieren. Dies wäre mit spürbaren Folgen für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft verbunden.

Die Initianten der KOSA-Initiative wollen die Gewinne der Nationalbank neu verteilen. Das Geld soll in erster Linie in den AHV-Fonds fließen und nicht mehr dem Bund (1/3) und den Kantonen (2/3) zur Verfügung stehen.

Bundesrat, Parlament, CVP, FDP, SVP, kantonale Regierungen und die Wirtschaft lehnen diese Initiative ab. Die Nationalbank muss auch in Zukunft unabhängig bleiben.

Fragen an den Regierungsrat:

1. Wie hoch wären die Mindereinnahmen bei einer Annahme der KOSA-Initiative im Kanton Zug (ausgehend vom heute geltenden Verteilschlüssel unter den Kantonen)?
2. Welche Aufgabenbereiche wären von diesen Mindereinnahmen im Kanton Zug betroffen?
3. Wie würden diese Mindereinnahmen kompensiert?
 - a. Ausgabenseitig: Welche Leistungen müssten gekürzt werden?
 - b. Einnahmenseitig: Führt eine Annahme der Initiative zu Steuererhöhungen?
 - c. Wenn ja, in welcher Höhe?